

meine Worte. Die Frau kommt also auf mich zu und sagt: Na, du blöde Sau, du Scheißbulle, heute schon gewichst? – Sie hat eine Flasche gehabt, hat diese gegen die Wand geschmissen, dabei ist auch eine Scheibe kaputtgegangen.

Da wusste ich: Der Tag fängt nicht gut an.

Die Frau sollte jetzt auch nicht mehr weiter dort bleiben. Also habe ich gesagt: Bitte mitkommen, ausweisen! – Das wollte sie nicht. Daraufhin habe ich sie genommen und wollte sie auf die Wache führen. Sie hat mich dann geschlagen; ich hatte einen blauen Fleck.

Jetzt frage ich Sie: Wollen Sie, dass diese Frau für ein halbes Jahr ins Gefängnis geht? Das ist die Kernfrage. Wollen Sie, dass diese Frau für ein halbes Jahr ins Gefängnis geht?

(Zurufe)

Oder meinen Sie das, was wir beim letzten Mal hatten, mit Respektlosigkeit, was der Polizeipräsident von Frankfurt vorgestellt hat. Er sagte wörtlich: Es wird vieles hinterfragt; es wird diskutiert; es wird gefilmt; es wird Unterstützung herbeigezogen; es wird sich renitent verhalten. – Wollen Sie, dass bereits diese Personen für sechs Monate weggeschlossen werden? Das ist doch der Kern der Frage.

(Unruhe)

Es ging also um eine Mindeststrafe von sechs Monaten, beispielsweise auch bereits für das Auto-Zuhalten, um die Papiere zu einer Kontrolle nicht vorzuweisen. Das sind Ihre Vorschläge zur Verbesserung bei Gewalttaten gegenüber Polizisten. Das sind Ihre Kernvorschläge.

Da frage ich mich wirklich, ob das helfen soll, die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung zu verhindern. Denn eine Straftat gegenüber einem Polizisten wird nicht nur geahndet gemäß den §§ 113 und 112, sondern die gesamten Strafnormen stehen zur Verfügung. Das bedeutet: Auch diese Taten sind eingebettet in das gesamte Strafrecht.

Sie sagen zu Recht, es könnten nicht solche Vorfälle wie beispielsweise bei den Blockupy-Auseinandersetzungen in Frankfurt – Steinewerfen und Sonstiges – ungeahndet bleiben. Das ist aber auch eingeordnet in die Strafrechtssystematik der Paragrafen zur körperlichen Unversehrtheit, sprich: nicht nur Körperverletzung, sondern auch schwere Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung. Diese Paragrafen sehen bereits strafrechtliche Mindestnormen wie das Wegschließen für sechs Monaten bzw. bis zu einem Jahr vor. Das heißt, Sie haben diese Mindeststrafen bei schwereren Delikten gegen Polizisten bereits im Strafrecht.

Ich stehe Ihnen übrigens immer gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, über eine schärfere

Strafsystematik bei Verletzungen der körperlichen Integrität im Vergleich zu Eigentumsdelikten zu sprechen. Was ich aber nicht verstehe – das sage ich Ihnen auch als ehemaliger Polizist –, ist, dass ein Unterschied gemacht werden soll zwischen einer alten Frau oder einer Mitarbeiterin bei der ARGE, die geschlagen wird, und einer Polizistin oder einem Polizisten.

(Marc Lürbke [FDP]: Das stimmt!)

Ich sehe dort keinen Unterschied. Ich finde beides gleich verwerflich, beides gleich schlimm.

Übrigens: Das, was es früher einmal gegeben hat, dass es nämlich weniger strafbewehrt ist, einen Polizisten zu schlagen – früher gab es diese Privilegierung nämlich in den §§ 112 und 113 –, das haben wir aus dem Strafrecht herausgenommen, und zwar sehr zu Recht.

Also lassen Sie uns bei der Diskussion um Gewalt gegen Polizisten bitte darüber reden, was kein Placebo ist, sondern den Kräften im Einsatz effektiv hilft, anstatt über Strafrechtsverschärfungen zu sprechen, die in ihrer Wirkung äußerst fragwürdig sind und die übrigens auch in ihrer verfassungsrechtlichen Bewertung sehr fragwürdig erscheinen. Das war im Übrigen auch ein sehr breiter Konsens bei den Anhörungen, die wir bisher regelmäßig durchgeführt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache, und ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

erste Lesung

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die Gegenwart zu verstehen, muss man manchmal den Blick in die Vergangenheit richten, und manchmal muss man sogar zurück bis zu den Anfängen gehen. Ganz konkret meine ich den 25. Oktober 2007. Da hatten wir die dritte Lesung des KiBiz.

Ich möchte einmal zitieren, was die CDU, nämlich Armin Laschet, und die FDP, nämlich Christian Lindner, dort gesagt haben.

Ich fange mit der CDU an. Armin Laschet hat gesagt – ich zitiere –:

„Wenn Sie aber theoretisch in die Verantwortung kommen würden, dann – ich bin sicher – würden Sie genau auf den Früchten dieses Gesetzes aufbauen und sagen: Genau diese damals ... innovativ entwickelten Gedanken seien richtig und seien etwas Neues in der ... bildungspolitischen Debatte.“

Christian Lindner hat damals gesagt – ich zitiere ebenfalls –:

„Wir übernehmen die Verantwortung für dieses Kinderbildungsgesetz, weil wir glauben, dass es ein gutes Gesetz im Interesse von Kindern und Familien ist.

Dafür werden wir im Land werben. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden dafür große und größte Zustimmung erhalten.“

(Achim Tüttenberg [SPD]: Außer bei den Wahlen!)

Es ist dann doch etwas anders gekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP; Sie haben es gerade gemerkt. Es ist gut, dass Sie das jetzt auch ganz klar erkennen. Denn die wirkliche Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes haben Sie in dem Antrag, den Sie heute vorlegen, ganz passend zusammengefasst. Die wirkliche Bilanz lautet: „Kita-Kollaps verhindern“. Das, liebe CDU und liebe FDP, ist die wirkliche Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben recht, Herr Kern: Es passt nicht ganz. Es wäre die Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes gewesen, wenn die Koalition nicht die schlimmsten Verwerfungen beseitigt hätte, zusätzlich zu den Kraftanstrengungen beim U3-Ausbau, den wir genau dort fortsetzen, und zusätzlich zur Stabilisierung der Finanzsituation der Träger, die wir mit dieser Gesetzesänderung erreichen wollen.

Wir bringen heute das Gesetz ein, mit dem wir die Haushaltsbeschlüsse realisieren. Und wir realisieren mehr – daran möchte ich heute auch erinnern –, als die Opposition überhaupt jemals zu fordern gewagt hätte, weil uns gute Bildung genau das wert ist. Das sind unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in soziale Gerechtigkeit und in eine nachhaltige Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen.

Liebe CDU, liebe FDP, Sie haben keine große und schon gar keine größte Zustimmung für dieses Gesetz gefunden. Denn Sie sind auch – und das wissen Sie – für dieses Gesetz abgewählt worden.

Deshalb war das Erste, was die Landesregierung 2010 getan hat, dieses Gesetz auf den Prüfstand zu stellen. Wir haben mit Landesmitteln für die frühe Bildung mehr als 2 Milliarden € bereitgestellt. Wir haben in Qualität, in Personal investiert. Wir haben pädagogische Standards gesetzt und eine Sprachförderung verankert, die heute State of the Art ist. Wir haben gemeinsam mit Kommunen und Trägern den Rechtsanspruch für die unter Dreijährigen durchgesetzt. Und wir haben dafür gesorgt, dass dieser Ausbau tatsächlich fortgesetzt werden kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind einen weiteren schwerwiegenden Geburtsfehler des KiBiz angegangen, nämlich die unzureichende Dynamisierung bei den Pauschalen. Denn es war von Anfang an – schon bei der Verbändeanhörung 2007 – klar, dass 1,5 % nicht reichen werden.

Damals hat nämlich eine Vertreterin von ver.di gesagt – ich zitiere –:

„Ich hatte heute Morgen schon gesagt, dass die tatsächlichen Personalkosten durch die Pauschalen nicht gedeckt werden können.“

Ich frage mich: Redet man so über ein Gesetz, das tatsächlich auskömmlich finanziert ist?

Sie, meine Damen und Herren, wussten von Anfang an, dass das KiBiz unterfinanziert ist. Sie haben genau das von Anfang an in Kauf genommen: zulasten der Kitas, zulasten der Kinder und zulasten der Familien in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Zeit läuft. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen aber nicht nur über die Vergangenheit sprechen, sondern natürlich möchte ich mit Ihnen heute auch über die Zukunft reden.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Wir haben in der Kitapolitik viele wichtige Impulse gesetzt. Wir werden jetzt ein neues Kitagesetz aus einem Guss machen. Und wir werden vor allem ein angemessenes Finanzierungssystem entwickeln.

Ich frage Sie: Wofür stehen Sie, liebe CDU, liebe FDP? Ich weiß nicht, ob Sie noch Waldorf und Statler aus der Muppet Show kennen. Das, lieber Herr Hafke, sind die beiden älteren Herren, die in ihrer Loge sitzen – genau wie Sie das gerade machen – und ständig nörgeln.

Ich fordere Sie auf: Kommen Sie aus Ihrer Loge heraus, verlassen Sie den Zuschauerraum der Demokratie! Seien Sie einmal konstruktiv! Denn wir wissen inzwischen genau, wogegen Sie sind. Sagen Sie uns doch einfach mal, wofür Sie sind!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Beenden Sie Ihre Opposition der Ideenlosigkeit! Und gestalten Sie mit uns dieses Land! Denn es geht um viel: Es geht um Kinder, es geht um Familien und es geht darum, ob wir soziale Spaltung wollen oder ob wir die besten Chancen für alle wollen.

(Zurufe von der FDP)

Ich schlage vor, wir entscheiden uns für Letzteres. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das Präsidium freut sich immer, Frau Ministerin, wenn sich die Landesregierung an die Redezeit hält. Für den Fall, dass sie das nicht tut, haben wir hier eine Vereinbarung getroffen: Wenn Sie länger sprechen, wird das festgehalten und die entsprechende Zeit wird den Fraktionen gutgeschrieben. – Vielen Dank.

Nun hat für die CDU-Fraktion der Kollege Bernhard Tenhumberg das Wort.

(Zurufe)

Herr Kollege Tenhumberg, ich möchte noch mitteilen, weil das Thema eben eine Rolle gespielt hat, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 40 Sekunden überschritten hat.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Danke schön. – Das gibt der Opposition die Möglichkeit, die Sachen zurückzurufen, die die Ministerin mal wieder ideologisch geprägt fehlinterpretiert hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die Kitawelt nicht erst am 25. Oktober 2007 beginnt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber das blenden Sie ja aus. Sie blenden 30 Jahre Nichtstun im Kitabereich, Nichtstun für junge Eltern völlig aus. Aber das habe ich auch von Ihnen erwartet. Deshalb fängt meine Rede genau damit an, weil

ich genau das erwartet habe, was Sie hier wieder vorgebracht haben. Nichts Neues!

Meine Damen und Herren, wir erleben heute den dritten Akt einer rot-grünen Landespolitik, die wie erwartet nach folgendem Muster vorgeht: groß verbal ankündigen, Hoffnungen wecken, dann hektisch – auch in diesem Fall seit Dezember – ohne Beteiligung des Parlaments in einer geheimen Aktion mit ausgewählten Partnern einen Gesetzentwurf zusammenschreiben, andere schlechtreden, besonders in der Opposition – die Opposition ist immer schlecht –,

(Beifall und Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

danach die Schuld am eigenen Versagen auf andere, vorrangig auf den Bund und die Opposition, abschieben und am laufenden Band bewusst ideologisch geprägte Fehlinterpretationen vornehmen.

(Beifall von der CDU)

Kurz gesagt: Sie sind verbal Spitzenreiter und dabei de facto Schlusslicht in der Kindergartenpolitik in ganz Deutschland,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und das zulasten unserer kleinen Kinder, der Erzieherinnen und Erzieher und der Träger. Das ist mies!

Seit sechs Jahren große Taten und Reformen ankündigen – seit sechs Jahren! –, dann die Entwicklung verpennen und dann noch das Falsche tun: Das nenne ich Unfähigkeit. Ihr Handeln hat nichts mit Fachlichkeit, Sorgfalt, Ehrlichkeit und Kompetenz zu tun. Ihr Versagen müssen die Menschen vor Ort ausbaden. Und das ist nicht fair.

(Beifall von der CDU)

Im ersten Akt, im Jahre 2011, haben Sie ein Geschenk an die besserverdienenden Eltern gemacht, das uns heute 162 Millionen € kostet.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das haben Sie wider besseres Wissen getan, obwohl Anpassung und Dynamisierung der Kindpauschale schon damals absoluten Vorrang hätten haben müssen und Evaluierung und Novellierung verabredet waren.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Trotz mahnender Hinweise der Experten und der Opposition haben Sie das 2007 nicht gemacht. Deshalb haben Sie die Talfahrt in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland eingeleitet. Und Sie sind heute Schlusslicht durch Ihre Politik, durch Ihr Tun!

(Beifall von der CDU)

Das hat nichts mit generationengerechter Sozialpolitik zu tun.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Im zweiten Akt, 2014, haben Sie wiederum das Grundproblem der Auskömmlichkeit der Finanzierung nicht angepackt und wieder mal eben 100 Millionen € nicht zur Qualitätssteigerung eingesetzt. Stattdessen haben Sie Sonderfördertöpfe mit hohem bürokratischem Aufwand geschaffen, die nicht zur finanziellen Entlastung – so die AWO Recklinghausen – und nicht zur Verbesserung der Situation führten.

Ergebnis ist vielmehr eine nicht zu verantwortende Mehrbelastung der Erzieherinnen und Erzieher, die laut Berufsgenossenschaft zu einem der höchsten Krankheitsstände geführt hat. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik der letzten sechs Jahre, nicht unserer Politik!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hören Sie endlich auf Ihre Mitarbeitervertretungen und schützen Sie unsere Erzieherinnen und Erzieher!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Tenhumberg, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, ich würde das zum Schluss nehmen. – Und nun zum dritten Akt, dem von heute, der von der falschen Behauptung geprägt ist, das gesamte Geld aus dem Betreuungsgeld des Bundes würde für den laufenden Betrieb der Kitas weitergeleitet.

Sie von Rot-Grün klauen den Erzieherinnen und Erziehern und Trägern erst einmal 100 Millionen €, die Sie in Beton investieren.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie investieren in Beton anstatt in Menschen!

(Beifall von der CDU)

Wo ist eigentlich Ihr eigenes Geld? Sie spekulieren immer mit fremdem Geld, mit dem Bundesgeld. Dann nehmen Sie noch die 100 Millionen weg und geben sie nicht in den Kitabereich.

(Unruhe – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Anstatt die tatsächlichen Tarifabschlüsse in eine Dynamisierungsklausel einfließen zu lassen, schreiben Sie von Rot-Grün hier mit der Festschreibung von 3 % die Verluste der Träger vor; denn Sie wissen ja,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

wie der Tarifabschluss 2015 und 2016 gewesen ist. Sie untergraben die Tarifautonomie, weil bereits heute viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Tarifierhöhung von 2015 gar nicht ausbezahlt bekommen.

Was ist das für eine Politik, wenn Sie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen treten? Dafür sollten Sie sich schämen!

Meine Damen und Herren, die drei rot-grünen Reförmchen haben eines gezeigt: Rot-Grün kann es nicht, Rot-Grün ist beratungsresistent, Rot-Grün schadet den Kindern und lässt viele Kinder und deren Chancen in Nordrhein-Westfalen zurück.

(Beifall von der CDU)

Die seit 2010 verbal angekündigte große Revision wird wieder einmal verschoben. Man höre jetzt: 2017, 2018 – sechs verlorene Jahre, dann acht verlorene Jahre. Sie können vieles versprechen – denn nach der Wahl im Jahre 2017 werden Sie die Kinderpolitik nicht mehr bestimmen können, weil Sie dann abgewählt sind. Und das ist gut so!

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist in keiner Weise geeignet, die Probleme im Kindergartenbereich ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit.

Bernhard Tenhumberg (CDU): ... nur annähernd zu lösen, Herr Präsident.

Die letzte Anmerkung: Gestehen Sie Ihr Versagen einfach ein. Unterstützen Sie unseren fachlich gut formulierten Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. Es gab zwischendurch zwei Fragen von Frau Schmitt-Promny. Da sagte der Herr Kollege: „Am Ende“. Aber die Redezeit ist jetzt vorbei. Das gilt auch für Herrn Ganzke, der sich gerade gemeldet hatte. Die Redezeit des Kollegen ist aber leider ...

(Zuruf von der SPD: So kann man es auch machen!)

... abgelaufen.

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich kam das Zitat aus der letzten Woche von Frau Ministerin Kampmann nach einem Besuch einer Kita: „So anschaulich bin ich noch nie informiert worden“, ein bisschen spät, Frau Ministerin, aber besser als nie.

Das Ganze ist auch noch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert: insbesondere weil SPD und

Grüne hier seit Jahren behaupten, wir hätten in diesem Land, wenn es um die Kitafinanzierung geht, kein Erkenntnisdefizit. Das ist auch Ihre Begründung, warum Sie im Jahr 2010 das Gesetz gebrochen haben. Wir haben hineingeschrieben, dass eine Evaluierung insbesondere zur Ausfinanzierung der 1,5 % stattfinden soll. Dabei hat Ministerin Schäfer auf diesem Platz hier das Gesetz gebrochen, sich nicht daran gehalten.

Nach sechs Jahren haben wir nun die Katastrophe in diesem Land, nämlich einen Flächenbrand in der Finanzierung der Kindergärten in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihr Ergebnis, das Sie hier mittlerweile angerichtet haben.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die Situation, dass die 1,5%ige Anpassung der Kindpauschalen nicht ausreicht. 80 % der Träger arbeiten mittlerweile defizitär. Wir diskutieren in diesem Land über Kitaschließungen und Trägerabgaben zum Beispiel im Oberbergischen Kreis oder im Bistum Essen, obwohl wir eigentlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen.

Anstatt die eigentlichen Probleme zu lösen, stellen Sie sich hin und sagen: Wir wollen diese Idee der sozialen Gerechtigkeit nach vorne treiben. – Das linige, das Sie im Ergebnis geschafft haben, ist,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

mehr Bürokratie zu schaffen, 11 zusätzliche Pauschalen einzuführen. Von den KITApus-Mitteln und Sprachfördermitteln profitieren 60 % der Kindertageseinrichtungen in diesem Land nicht. Das ist die absolut unsozialste Politik, die man machen kann, weil die Erzieherinnen, die Kinder und die Familien darunter leiden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Die Sozialdemokraten und die Grünen stellen sich hier seit Jahren hin und feiern sich dafür, wie viele Millionen Euro sie doch aufgewendet haben, um die Situation im Land zu verbessern.

(Zuruf von der SPD)

Sie sprechen vom Belastungsausgleich: 270 Millionen €. Nicht ein Cent davon kommt bei den Kitas an; das versinkt alles im Etat der Kommunen.

Dann sprechen Sie über die Elternbeitragsfreiheit,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Bei uns zu Hause!)

160 Millionen € pro Jahr Elternbeitragsfreiheit. Keine Erzieherin wird deswegen besser bezahlt, keine Kita wird zusätzlich gebaut, und kein Kind geht zusätzlich in eine Kindertageseinrichtung. Das heißt, hier wurden nur die Besserverdiener entlastet. Sie rühmen sich auch noch damit, dass Sie hier so viel Geld ins System gesteckt hätten.

Meine Damen und Herren, die Spitze des Eisbergs ist dann eigentlich in den letzten Tagen gekommen; das muss man einfach festhalten. Sie rühmen sich jetzt, Frau Ministerin Kampmann, mehr Geld zu investieren. Dieses Geld ist noch nicht einmal Ihr eigenes Geld aus dem Land NRW.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Falsch! Vollkommen falsch! Keine Ahnung! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Sie investieren das Geld des Bundes ohne eine auskömmliche Anpassung der Dynamik auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kollegin Asch, die Dynamik 3 % ist ein fiktiver Betrag. Es ist immer noch nicht wissenschaftlich erwiesen, dass dieser Betrag auskömmlich ist, um die Gehaltsteigerung bei Mieten und Löhnen anzupassen.

Der Oberknüller ist letzte Woche gekommen, als – leider abwesend – der Fraktionsvorsitzende Römer vor die Presse getreten ist

(Zuruf von der SPD: Herr Lindner war schon seit Monaten nicht mehr hier!)

und angekündigt hat, sie wollten bei einer – hoffentlich nicht stattfindenden – Regierungsverlängerung eine Elternbeitragsfreiheit für alle Jahre einführen.

(Beifall von der SPD)

Sie applaudieren. Machen Sie das. Das sind über 500 Millionen €, die Sie aus dem System herausziehen. Und das ist ein Schlag ins Gesicht aller Erzieherinnen und aller Träger in diesem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das hat nichts mit einer vernünftigen Kitapolitik, einer sozialen Politik zu tun.

Sie regieren jetzt seit sechs Jahren in diesem Land, und Sie kündigen große Reformen an. Bislang ist nichts vorgelegt worden. In dieser Legislaturperiode können wir, wenn wir Glück haben, Eckpunkte erwarten. Ich meine, das ist zu wenig, wenn man den Anspruch hat, zu gestalten und ein Land nach vorne zu bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Freien Demokraten haben vorgeschlagen, die finanziellen Mittel der Elternbeitragsfreiheit, die plus-KITA-Mittel und die Mittel der Verfügungspauschale zu nehmen und damit die Kindpauschalen anzupassen, sodass jede Kindertageseinrichtung in diesem Land davon profitiert, weil es egal ist, in welcher Kindertageseinrichtung jemand unterrichtet.

(Zuruf von der SPD)

Jeder muss das Recht haben, fair und vernünftig bezahlt zu werden. Das sollte insbesondere ein Leitspruch der Sozialdemokratie sein. Denn Sie haben sich auf die Fahne geschrieben, dass wir über faire Arbeit sprechen und nicht über prekäre Beschäftigung, die wir mittlerweile in vielen Kindertageseinrichtungen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der letzte Punkt: Wir weisen Sie – das ist wieder typisch; das machen Sie nämlich seit Jahren in dieser Regierung – mittlerweile seit fünf Monaten darauf hin und haben mehrere Nachfragen gestellt, wann dieses Gesetz kommen wird. Dieses Gesetz kommt wieder fünf vor zwölf und wird in einem Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht.

Das hat nichts mit einem sauberen Beratungsverfahren zu tun, das wir den Verbänden und auch der Opposition schuldig sind, um Ihnen, Kollegin Asch, in einer Anhörung aufzuzeigen, dass ein fixer Betrag von einer 3%igen Anpassung nicht richtig ist und nicht falsch ist, weil es tatsächlich an die Mietkosten und an die Lohnkosten angepasst werden muss.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Solange Sie das nicht verstanden haben, müssen wir eine Anhörung nach der anderen durchführen, damit Sie demnächst diese Gesetze tatsächlich ändern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 2010 gibt es kein anderes Land, das eine derartige Dynamisierung und eine derartige Entfaltung von Kräften im Elementarbereich vorgenommen hat wie Nordrhein-Westfalen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle zusammen können stolz darauf sein, dass wir das hinbekommen haben. Herr Hafke, Sie sind ebenfalls Nordrhein-Westfale, auch wenn man das kaum noch heraus hört.

(Beifall von der SPD)

Wir haben den Etat seit 2010 mehr als verdoppelt. Wir haben zwei Revisionsstufen verankert, die deutliche Entlastung in die Kita gebracht haben. Dafür einen großen Dank an Rot-Grün. Dafür einen großen Dank an diese Landesregierung, ohne die das nie möglich gewesen wäre.

Wir haben Hannelore Kraft zu danken, die als Verhandlungsführerin und auf jeden Fall mit in der Spitze

dafür gesorgt hat, dass das unsägliche Betreuungsgeld in vollem Umfang jetzt den Kitas zur Verfügung gestellt wird. 430 Millionen €!

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein riesen Schluck aus der Pulle und hilft den Kitas entscheidend, 2018 zu erreichen, wenn wir ein neues Gesetz vorlegen werden. Das ist großer Sport für unser Land.

Wir müssen an dieser Stelle ganz klar festhalten, lieber Kollege Bernhard Tenhumberg: Wäre die CDU mit der FDP hier noch an der Regierung, würden diese 430 Millionen € nicht weitergeleitet. Die würden investiert – das bereiten Sie gerade vor – in ein landeseigenes Betreuungsgeld. Unsere Einrichtungen würden wieder auf der Strecke bleiben. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir haben Norbert Römer und Mehrdad Mostofizadeh herzlich zu danken. Ich meine das sehr ernst. Unsere Fraktionsspitzen haben mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt, dass wir endlich den Durchbruch erzielt haben und sie wieder mit in die Finanzierung einsteigen bei einer Verdoppelung der Dynamisierung von 1,5 % auf 3 %. Übrigens: Die Opposition hat einmal 2,5 % gefordert. Wir haben 3 % erreicht. Das ist ein großartiger Fortschritt.

Mehrdad, herzlichen Dank dafür. Norbert Römer ist gerade nicht da. Das war sensationell, auch deshalb, weil wir vereinbart haben, bis 2018 gemeinsam ein neues Kindergartengesetz zu machen. KiBiz ist Mumpitz. Deshalb muss das weg.

(Zuruf von der CDU)

Das ist eine großartige Leistung von Rot-Grün. Herzlichen und lieben Dank noch einmal dafür, dass das geschafft wird!

Wir werden 2018 ein neues Gesetz vorlegen. Bis dahin entwickeln wir die Eckpunkte. Ganz anders, als es Bernhard Tenhumberg gerade dargestellt hat, machen wir das, lieber Bernhard, sehr transparent. Wir nehmen alle Akteure mit. Wir machen es nicht so wie damals Armin Laschet im Hinterzimmer mit einigen wenigen, ...

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

... sondern wir machen es breit angelegt in einem Konsens, weil wir alle Akteure mitnehmen wollen. Davon waren Sie damals weit entfernt. Deshalb ist das KiBiz letztlich auch so kläglich gescheitert.

Liebe CDU-Fraktion, ich höre mir jetzt seit sechs Jahre Nörgeln an – sechs Jahre Nörgeln!

(Zurufe von der CDU)

Noch kein einziger Antrag hat irgendwie gezeigt, wohin Sie wollen. Es gibt keinen Haushaltsantrag, mehr Geld zu investieren.

(Zuruf von der FDP)

Ganz im Gegenteil, unsere Anträge sind abgelehnt worden. Es gibt keinen konstruktiven Vorschlag. Frau Ministerin Kampmann hat absolut recht: Das, was Sie machen, ist eine Problembeschreibung, die wir zum Teil teilen, gar keine Frage. Aber Sie haben keinen einzigen Lösungsvorschlag, wie man die Probleme beheben kann. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommen wir als Rot-Grün der Problemlösung auf jeden Fall meilenweit näher, als Sie das hier mit Ihrem Krakeelertum tun.

Die CDU ist die Partei, die für ungerechte hohe Elternbeiträge in Nordrhein-Westfalen steht. Das haben Sie erreicht.

(Beifall von der SPD)

Das Patent für diese hohen ungerechten Elternbeiträge in Nordrhein-Westfalen hat Armin Laschet, der leider dieser Diskussion nicht folgen kann. Er ist der Vater ungerechter hoher Beiträge in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Das werden wir nicht vergessen. Dazu, was Sie hier in einer Naivität vortragen, nämlich zu glauben, gerade die Eltern würden vergessen, was Sie in Nordrhein-Westfalen angerichtet haben, kann ich Ihnen sagen: Da sind Sie völlig auf dem Holzweg. Die Eltern werden sich daran erinnern, dass Sie in diesen ungerechten Elternbeitragstabellen eine große Ungerechtigkeit gegenüber Familien manifestiert haben.

Die CDU – ich habe es gerade gesagt – ist nicht konstruktiv und hat keine eigenen Pläne eingebracht. Ich bin auf der einen Seite sehr enttäuscht, freue mich aber auf der anderen Seite, dass wir jetzt diesen Gesetzentwurf im Ausschuss beraten können. Ich bin sehr gespannt, ob Sie Ihrem Krakeelertum da weiterhin fröhnen oder ob Sie konstruktive Vorschläge machen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Jörg, vielen Dank. – Wenn Sie noch einen Moment hier bleiben. Es liegt eine Kurzintervention des Kollegen Tenhumberg vor, dem ich das Wort gebe. Bitte schön, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich muss jetzt in 90 Sekunden etwas zu dem Quatsch sagen, Herr Kollege Wolfgang Jörg,

den Sie, was mehrere Punkte angeht, von sich gegeben haben. Das muss ich so drastisch ausdrücken.

Erstens. Sie haben die Behauptung aufgestellt, die CDU-Fraktion habe keinen Haushaltsantrag gestellt. – Also, Herr Kollege, wenn Sie des Lesens nicht kundig sind, verweise ich Sie auf den zwölfseitigen Antrag in Drucksache 16/10479, in dem wir ausdrücklich 481 Millionen € für den laufenden Betrieb eingefordert haben. Also das, was Sie hier behaupten, ist reiner Unfug!

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Wir haben seit 2011 etwa zwölf Anträge zum Kitagesetz gestellt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Zurufe von der SPD)

– Kollegen, was ist denn los? Warum sind Sie denn so hektisch? Ich weiß, dass Sie sich schon im Wahlkampf befinden!

Drittens. Entschuldigen Sie bitte einmal, Herr Kollege, Sie haben 2010 ein großes Gesetz angekündigt. Jetzt kündigen Sie es für 2017 an. Und 2017 werden Sie es – weil Sie es nicht können – wieder für 2027 ankündigen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ich stehe hier ganz umsonst! Das war jetzt nur ein Statement!)

Herr Kollege, was sagen Sie denn zu den Zuschriften der Träger? Soll ich Ihnen vielleicht einmal aus dem Geschäftsbericht der AWO Recklinghausen zitieren? Soll ich Ihnen einmal wortwörtlich zitieren, welche Fehlentscheidungen Sie in der Zeit von 2012 bis heute getroffen haben? Das hat die AWO wunderbar dokumentiert. Lesen Sie sich das bitte einmal durch, bevor Sie so etwas wie das gerade eben hier erzählen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. Die Redezeit ist auch erschöpft. Ich gebe das Wort jetzt an den Kollegen Jörg. Bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Das war ja wieder – das ist schon klar – viel Krakeelen. Die Anträge, die Sie gestellt haben – dabei bleibe ich –, betrafen Prüfung und Evaluierung. Substanziell war überhaupt nichts dabei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Tenhumberg [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Ganz im Gegenteil, Sie waren doch diejenigen, die zum Beispiel dagegen waren, Delfin 4 abzuschaffen. Also inhaltlich sind Sie doch völlig blank.

Das Einzige, Herr Tenhumberg, was Sie zu Recht gesagt haben, ist Folgendes: Wir haben angekündigt, ein neues Gesetz zu machen. Und das ist in der Legislaturperiode nicht gelungen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Warum ist es nicht gelungen?)

– Weil wir es nicht können!

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Das ist richtig!)

– Das ist wirklich das Krakeelertum, das ich gerade benannt habe. Denn Sie wissen doch ganz genau, dass die kommunalen Spitzenverbände 2011 gesagt haben: Wir finanzieren nicht mehr mit. Sie waren paritätische Partner bei der Finanzierung. Die sind angestiegen. Und deshalb standen wir, kurz bevor wir die ersten Revisionschritte unternommen haben, alleine da. Die rot-grüne Landesregierung war die einzige, die seit 2010 überhaupt noch Geld in das System gegeben hat.

Und Sie hätten da einmal auf Ihre Funktionäre in den kommunalen Spitzenverbänden aufpassen und sagen müssen: Das können wir den Eltern und den Kindern gegenüber nicht machen. Auch da haben Sie versagt! Selbst in der Rolle der Opposition haben Sie noch versagt!

Deswegen lasse ich mir von Ihnen nicht erklären, wir hätten die Dinge falsch gemacht. Ja, da lachen wirklich alle Erzieherinnen im Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Tenhumberg [CDU]: Nein, die heulen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Jörg. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich heute Morgen ausdrücklich feststellen: Wir haben heute mal wieder gute Nachrichten für die Kitas – und damit gute Nachrichten für die Erzieherinnen, die Kinder und die Eltern in Nordrhein-Westfalen. Denn das ist die Realität: Mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung werden die Einrichtungen bzw. die Kitas mehr Mittel an die Hand bekommen, um die laufenden Personal- und Sachkosten zu finanzieren. Das muss auch die Opposition hier heute Morgen wahrnehmen.

Gleichzeitig ist aber richtig, was CDU und FDP selbstkritisch feststellen: Das vom ehemaligen CDU-Familienminister Laschet auf den Weg gebrachte sogenannte Kinderbildungsgesetz war ein Spargesetz. Es war von Beginn an unterfinanziert. Die jährliche Dynamisierung von 1,5 % schafft eine Lücke zwischen den realen Kosten und den Einnahmen der

Kitas. Das ist die berühmt-berüchtigte Laschet-Lücke. Das haben wir übrigens als damalige Opposition – Grüne und SPD – schon bei der Verabschiedung 2008 gesagt. Das haben auch fast alle Verbände festgestellt. Wenn Sie damals auf uns gehört hätten, dann wären die Kitas heute überhaupt nicht in dieser schwierigen Situation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir beginnen mit Rot-Grün, die Laschet-Lücke zu schließen. Mit diesem Gesetzentwurf geben wir den Kitas wieder mehr Luft zum Atmen. Wir handeln, während die Opposition hier wieder mal nur Daten sammeln will. Das ist der Unterschied.

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kern? – Nein.

Andrea Asch (GRÜNE): Das Beste ist: Endlich sind sich alle Akteure einig – auch das ist neu; diese Situation hatten wir 2010 und auch 2012 noch nicht –: Dieses KiBiz ist nicht weiter reformierbar. Wir brauchen eine vollkommen neue gesetzliche Grundlage für ein nachhaltiges, am Kind orientiertes Finanzierungssystem.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Jörg hat es eben gesagt: Die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen haben mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass wir eine solche finanzielle Grundlage durch ein neues Gesetz miteinander auf den Weg bringen. Das bedeutet – das ist die gute Nachricht – den Einstieg aus dem Ausstieg aus dem KiBiz. Und das ist zwingend notwendig.

Aber statt hier mitzugehen, machen CDU und FDP – das kennen wir ja schon – wieder auf Fundamentallopposition. Dabei hat Herr Tenhumberg noch am 3. Dezember 2015 in diesem Hause – ich zitiere – erklärt:

Sorgen Sie dafür, ...

– damit meinte er uns –

... dass die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und die Spitzenverbände ins Boot kommen. Unterschreiben Sie dieses Papier. Dann sind wir auf Ihrer Seite.

Wir sind gespannt – aber ich muss sagen, nicht sehr optimistisch –, Herr Tenhumberg, ob die CDU diese Zusage einlösen und da zu Ihrem Wort stehen wird. Denn das, was Sie hier heute Morgen geboten haben – die Ministerin hat es mit „Muppetshow“ gekennzeichnet; ich würde sagen, es ist mal wieder Kasperletheater –, zeigt Folgendes:

Statt mit uns diesen Weg zu gehen, den Kitas mehr Geld zur Verfügung zu stellen, machen Sie hier nur wieder parteitaktische Spielchen. Sie bleiben beim

puren Meckern und Mäkeln. Es kommt – zum wiederholten Male – kein einziger konkreter Vorschlag. Es gibt kein Konzept der Opposition, geschweige denn einen Gesetzesentwurf, in dem steht, wie Sie denn die finanzielle Situation der Kitas verbessern wollen.

Ach doch, einen Vorschlag gibt es. Ich habe ihn schon erwähnt. Täglich grüßt das Murmeltier, wir hatten ihn bestimmt schon dreimal hier in der Beratung. Dabei handelt es sich einmal wieder um den Vorschlag, das Gesetz zu evaluieren. – So sieht es aus: Die Opposition will Daten sammeln. Rot-Grün setzt konkrete Fakten, Rot-Grün handelt. Das ist der Unterschied.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht verraten Sie uns doch einmal – ich finde, das wäre für alle Beteiligten spannend –, wie Sie denn heute zu dem von Ihnen verbockten Gesetz stehen.

Wenn Sie uns in Ihrem Antrag auffordern, wir sollen jetzt ein gutes funktionales Finanzierungssystem einführen, dann heißt das doch übersetzt, Sie sehen jetzt selbst, dass dieses KiBiz kein gutes funktionierendes System ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

sondern dass es schlecht und dysfunktional ist. Dann sagen Sie das doch bitte einmal laut und deutlich und distanzieren sich hier von diesem Machwerk. Aber Sie haben nicht den Mut, dafür Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann sagen, es erfüllt einen schon mit großer und tiefer Zufriedenheit, wenn unser rot-grünes Regierungshandeln die Forderungen der Opposition weit übertrifft. Die CDU hat nämlich gerade in den Haushaltsberatungen sehr kleinmütig nur 1 % Erhöhung der Dynamisierung gefordert, hat wieder einmal alles auf die lange Bank geschoben. Wir haben Wort gehalten mit dieser Landesregierung und mit den sie tragenden Fraktionen und sind jetzt real bei 5,8 % mehr für die Kitas. Das ist eine Lücke von 4,8 %, die wir den Kitas mehr geben, als sich das die Opposition zu fordern traut. Das spricht für sich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, die Redezeit ist abgelaufen. Aber es gibt eine Kurzintervention.

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, sehr gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die werden wir dann auch ermöglichen. Herr Tenhumberg, Sie möchten die Kurzintervention nutzen? – Danke. Bitte.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich will drei Dinge klarstellen: 2007/2008, Frau Asch, waren alle Unterschriften unter dieser Vereinbarung. Wie kommen Sie dazu, von Hinterzimmerpolitik zu sprechen, wenn alle Betroffenen und Beteiligten – Landschaftsverbände, kommunale Gemeinschaften, alle Träger, alle Kirchen – diesen Vertrag mit unterschrieben haben? Ich stelle fest, dass ich heute nicht weiß, wer zum Beispiel bezüglich der neuen Regelungen verhandelt, ob die Fraktionen verhandeln oder ob das Ministerium verhandelt. Ich wäre dankbar, wenn man uns einmal eine Auskunft erteilt.

Zweite Anmerkung. Im Gesetz ist verankert worden: Evaluation, Novellierung 2011. – Ich stelle fest, Sie sind 2010 an die Regierung gekommen. Sie haben es nicht umgesetzt; 2011 ist nicht evaluiert worden. Ich zitiere aus dem Geschäftsbericht der AWO:

„Die besonderen Herausforderungen seit 2012 bestanden in der Diskrepanz zwischen der Steigerung der tariflichen Personalkosten und der damit nicht einhergehenden Finanzierung durch das KiBiz.“

Wer war denn 2012 eigentlich verantwortlich dafür, dass die ausreichende Finanzierung gegeben ist? – Wir nicht. Sie haben 2011 die Sache verpennt und haben die falschen Prioritäten gesetzt. Nun beklagen Sie sich nicht bei uns.

(Beifall von der CDU)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Tenhumberg, ich hatte die Hoffnung, dass Sie jetzt auf meinen Appell eingehen und sich hier endlich einmal ganz klar von diesem Gesetz, das Sie auf den Weg gebracht haben, distanzieren. Stattdessen kommen Sie mit kleinkariertem Karo,

(Lachen von der CDU)

wer mit wem verhandelt und wer Ihnen damals zugestimmt hat. Selbst wenn es so war, dass Sie einen Teil der Verbände hinter sich hatten,

(Christina Schulze Föcking [CDU] und Bernhard Tenhumberg [CDU]: Alle!)

bleibt es doch ein falsches Gesetz, was aus Ihrem Hause kam und das Sie in den Anhörungen verteidigt haben gegen alle Kritik und gegen alle Voraussage, dass das eintritt, was Sie selbst in Ihrem Antrag beklagen, dass nämlich Kitas in eine finanzielle Englage kommen. Das ist das Ergebnis Ihres Gesetzes.

Ich kann nur sagen: Wir werden in den nächsten Wochen darüber beraten, wie die Form der Umsetzung in dem jetzt vorliegenden Gesetz in den Details, den Ansprüchen der Arbeit vor Ort entspricht. Wir gehen jetzt – wir im Parlament sind dran, und das sollten Sie als langjähriger Kollege wissen – in die Gespräche, in die Anhörungen mit Trägern, mit den Kommunen und werden es intensiv auch mit den Erzieherinnen und Eltern diskutieren.

Im Übrigen: Die jetzigen Signale, Herr Tenhumberg – jetzt hört er nicht zu; er stellt mir eine Frage, aber es interessiert ihn die Antwort nicht; auch das ist kein guter Stil –, aus der Kitalandschaft von allen Beteiligten zu unserem Überbrückungs- und Finanzierungsgesetz waren eindeutig positiv und zustimmend. Deshalb freue ich mich sehr auf die Beratungen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Als nächster Redner für die Piratenfraktion ist Herr Kollege Wegner angekündigt.

Olaf Wegner (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Menschen am Stream und auf der Tribüne! Es ist zu begrüßen, dass Sie, liebe Landesregierung, die jährliche Steigerung der Kindpauschale nun für drei Jahre erhöhen wollen, abgesehen davon, dass dies seit Jahren längst überfällig ist und Sie jetzt endlich etwas umsetzen, was wir seit Anfang der Legislaturperiode immer wieder gefordert haben. Ich meine natürlich die Erhöhung, nicht die Befristung auf drei Jahre.

Nun, kurz vor dem Einläuten des Wahlkampfes, heben Sie die Kindpauschale für drei Jahre von 1,5 % auf 3 % an, jetzt, wo in unserem Land die freien Träger, Kirchen und Elterninitiativen wahrlich Sturm laufen für bessere Finanzierungsbedingungen, um weitere Kitaschließungen zu verhindern.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei wissen Sie, dass für viele Kitas die jährliche Erhöhung der Kindpauschale einfach zu spät kommt, da sie schon geschlossen wurden. Dann ist die Erhöhung auch nur bis zum Kindergartenjahr 2018/2019 befristet. Was ist denn nach den drei Jahren, liebe Landesregierung? Eine verschobene Aufgabe ist keine gelöste Aufgabe.

Nun soll zum kommenden Kindergartenjahr 2016/2017 die Erhöhung, die wir begrüßen, in Kraft treten. Aber reicht dafür die Zeit denn noch? Sehr wahrscheinlich doch nur, wenn die Abgeordneten auf einen Teil ihrer parlamentarischen Rechte verzich-

ten. Eine schöne Methode, Anträge möglichst kurzfristig einzureichen, um dadurch ausführliche Diskussionen und Debatten abzuwürgen.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass Sie, liebe Landesregierung, im Gegensatz dazu viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen können, das haben wir ja in den letzten Jahren festgestellt. So folgern die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP zu Recht in ihrem Antrag, dass sich die Erhöhung der Kindpauschale auf das Kindergartenjahr 2016/2017 kaum noch positiv auswirken kann, da die Kommunen und Träger ihre Planungen für das Jahr 2016/2017 bereits im März abgeschlossen haben.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und warum, liebe Landesregierung, hat die Evaluation zur Auskömmlichkeit der Kindpauschalen nie stattgefunden, obwohl sie im Ursprungs-KiBiz, welches Sie so hart kritisiert haben, festgeschrieben war? Keine Zeit gehabt? – So hätte doch schon längst der offensichtliche Handlungsbedarf belegt werden können. Reichen die jährlichen 3 %? Stellt die jährliche Erhöhung der Kindpauschale um 3 % die Auskömmlichkeit wirklich sicher? Ohne eine Evaluation können wir diese Fragen nicht sicher beantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir Piraten haben schon mehrfach gefordert, dass, wenn schon keine Evaluation stattfindet, die Erhöhung der Kindpauschalen an die Lohnentwicklung zu koppeln ist.

(Beifall von der CDU)

Wie dem auch sei, die Erhöhung der jährlichen Kindpauschale kommt für viele Kitas zu spät. Das ist allen Beteiligten klar, und ich hoffe auch Ihnen. Und dass die Befristung der Pauschale auf drei Jahre die Aufgabe einer gesicherten Finanzierung der Kitas nur verschiebt, ist auch klar. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN -Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wegner. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben zwei Abstimmungen vorzunehmen, und zwar einmal über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/11844**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Alle fünf Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Gesetzentwurf an diesen Ausschuss federführend sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zu

überweisen. Wer stimmt dem so zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Das war auch nicht zu erwarten. Es wurde einstimmig überwiesen.

Zweitens stimmen wir ab über die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/11896**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Antrags an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Und auch hier haben sich alle fünf Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt, auch den **Ausschuss für Kommunalpolitik** mit in die Arbeit einzubeziehen. Federführend bleibt der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung im federführenden Ausschuss erfolgen. Wer stimmt diesem so vereinbarten Vorgehen zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist auch hier einstimmig so beschlossen.

Wir rufen auf:

3 Investitionen aus dem Europäischen Investitionsplan für Nordrhein-Westfalen erschließen – Landesregierung muss endlich handeln!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11899

Das fordert für die CDU-Fraktion zunächst Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag von uns gibt Anlass, über das sogenannte Juncker-Programm zu sprechen. Nach dem EU-Kommissionspräsidenten benannt, soll mit diesem Programm ein Investitionsschub in der Europäischen Union in Höhe von 315 Milliarden ausgelöst werden, und zwar dadurch, dass man rund 21 Milliarden € in die Hand nimmt und damit Kreditrisiken abdeckt, Kreditrisiken für Investitionen, um Investitionslücken nach der Staatsfinanzkrise in Europa zu schließen.

Jetzt stellt sich die Frage: Was machen wir mit dieser Chance? Was machen wir hier in Nordrhein-Westfalen aus diesem Programm?

Die Landesregierung ist hoch eingestiegen. Die Ministerpräsidentin hat am 29. Januar 2015 an diesem Rednerpult gestanden und in der legendären Mega-Rede ausgeführt –

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

ich darf zitieren –:

Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen auch für das sogenannte Juncker-Investitionspaket von ca. 315 Milliarden € für EU-Investitionsvorhaben

IKT-Projekte mit dem Schwerpunkt Breitband von 3,7 Milliarden € gemeldet.

„Hat gemeldet“ ist das korrekte Zitat. Nicht will, nicht wird, nicht erarbeitet, nicht plant, sondern hat gemeldet. Ich war baff erstaunt und schwer beeindruckt und der guten Zuversicht, dass es einen enormen Schub für die Breitbandinvestitionen gibt, die in Nordrhein-Westfalen so bitter nötig sind.

Laut Europäischer Investitionsbank, Stichtag 12. April 2016, sind bisher Ausgaben aus dem gesamten Juncker-Programm von 315 Milliarden € genehmigt in Höhe von 11,2 Milliarden, unterzeichnet 5,8 Milliarden, und für Deutschland in Summe genehmigt 900 Millionen €.

Da hat es uns schon etwas verwundert, dass der Chef der NRW.BANK im Haushaltsausschuss ausgeführt hat, dass es bisher keine tragfähigen Projekte gebe. – Vielleicht hat er etwas anderes gemeint, dann können Sie das gerne gleich aufklären. Sie haben zu Beginn des Jahres 2015 3,7 Milliarden € angekündigt, und jetzt, Mitte des Jahres 2016, gibt es bisher kein Projekt. Da kann man nur konstatieren: Das wirft Fragen auf.

Die erste Frage ist: Was ist aus den Ankündigungen von Investitionen in Breitband in Höhe von 3,7 Milliarden geworden, die die Ministerpräsidentin hier gemacht hat? Welche Projekte waren das? Wie ist der Stand? Warum gibt es bisher nichts zu vermelden durch den Chef der NRW.BANK? Wer hat was getan oder wer hat eben was nicht getan?

Es wäre interessant, auch einmal die Anmeldung, von der Frau Ministerpräsidentin gesprochen hat, dass sie erfolgt sei, zu bekommen und sie hier einmal zu diskutieren. Ich fordere Sie auf, uns diese zur Verfügung zu stellen, dem Parlament diese Anmeldung von Projekten zuzuleiten.

Die nächste Frage bezieht sich auf Ihre rote Null, die wir hier schon in anderen Zusammenhängen diskutiert haben. Das RWI konstatiert als einen der Gründe dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein Null-Wirtschaftswachstum im letzten Jahr hatte, obwohl im Bundesdurchschnitt ein 1,7%iges Wachstum zu verzeichnen war, eine schleichende Deindustrialisierung durch Desinvestitionen. Also die Abschreibungen überschreiten die Investitionen bei Weitem. Die Investitionsquote im verarbeitenden Gewerbe ist in Nordrhein-Westfalen bei 14,7 %. Schlechter sind nur Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Das wären Investitionen in die Realwirtschaft. Wir haben überall zu wenig Geld für Verkehrsinfrastruktur, Investitionen für Forschung und Entwicklung. Wir könnten uns alle tolle Sachen vorstellen, wenn dieses Land nur mehr Geld hätte.

In Summe ist es genau das: Investitionen in Realwirtschaft, Investitionen in Forschung und Entwicklung,